Niederschrift
über die 23. öffentliche Sitzung
des Ausschusses für Stadtentwicklung, Mobilität und Verkehr
am **Mittwoch, 22. August 2018, 17:00 Uhr**
im Sitzungssaal des Magistrats, Rathaus, Kassel

Anwesende:

Mitglieder
Dominique Kalb, Vorsitzender, CDU
Sascha Gröling, 1. stellvertretender Vorsitzender, SPD
Eva Koch, 2. stellvertretende Vorsitzende, B90/Grüne
Judith-Annette Boczkowski, Mitglied, SPD
Mario Lang, Mitglied, SPD
Volker Zeidler, Mitglied, SPD
Saskia Spohr-Frey, Mitglied, CDU (Vertretung für Jörg Hildebrandt)
Steffen Müller, Mitglied, B90/Grüne
Sven René Dreyer, Mitglied, AfD
Thomas Materner, Mitglied, AfD (Vertretung für Gerhard Schenk)
Violetta Bock, Mitglied, Kasseler Linke
Matthias Nölke, Mitglied, FDP

Teilnehmer mit beratender Stimme
Helmut Ernst, Vertreter des Behindertenbeirates

Magistrat
Dirk Stochla, Stadtrat, SPD
Christof Nolda, Stadtbaurat, B90/Grüne

Schriftführung
Jutta Butterweck, Büro der Stadtverordnetenversammlung

Entschuldigt:
Heinz Gunter Drubel, Vertreter des Seniorenbeirates

Verwaltung und andere Teilnehmer/-innen
Dr. Georg Förster, Straßenverkehrs- und Tiefbauamt

Tagesordnung:

1. **Erkenntnisse aus der Umstellung des Kasseler Liniennetzes** 101.18.956
2. **Bericht zum Breitbandausbau** 101.18.979

3. Radverkehr in der Fußgängerzone 101.18.998
4. Nachbesserungsbedarf der Liniennetzreform 101.18.1006

Vorsitzender Kalb eröffnet die mit der Einladung vom 15. August 2018 ordnungsgemäß einberufene 23. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Mobilität und Verkehr, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung

Einvernehmlich wird festgelegt die **Tagesordnungspunkte 1. und 4. betr. Liniennetzreform** wegen Sachzusammenhangs gemeinsam zur Beratung aufzurufen und von der heutigen Tagesordnung abzusetzen aufgrund der Zusage von Stadtrat Stochla, eine umfassende schriftliche Antwort der Einladung zur nächsten Sitzung beizufügen. Eventuelle Nachfragen der Ausschussmitglieder können dann in der nächsten Sitzung beantwortet werden.

Vorsitzender Kalb stellt die geänderte Tagesordnung fest.

1. Erkenntnisse aus der Umstellung des Kasseler Liniennetzes
Gemeinsame Anfrage der Fraktionen SPD und B90/Grüne und des Stadtverordneten Andreas Ernst
- 101.18.956 -

Abgesetzt

2. Bericht zum Breitbandausbau
Antrag der Fraktion FDP, Freie Wähler und Piraten
- 101.18.979 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert in einer der Sitzungen des laufenden Jahres im Ausschuss für Stadtentwicklung und Verkehr über den Status und den Fortschritt des Breitbandausbaus zu berichten.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Mobilität und Verkehr fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag der Fraktion FDP, Freie Wähler + Piraten betr. Bericht zum Breitbandausbau, 101.18.979, wird **zugestimmt.**

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Sascha Gröling

3. Radverkehr in der Fußgängerzone
Anfrage der Fraktion FDP+ Freie Wähler + Piraten
- 101.18.998 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. In welcher Art und Weise und wie oft wird die Einhaltung des Fahrradfahr-Verbots kontrolliert?
2. Wie viele Verstöße gegen das Verbot wurden seit 2015 festgestellt?
3. Welche Ordnungsmaßnahmen wurden seit 2015 gegen entsprechende Verstöße verhängt?
4. Wie viele Unfälle, an denen Fahrradfahrer beteiligt waren, sind seit 2015 bekannt, sowohl in der Fußgängerzone als auch im gesamten Stadtgebiet?
5. Wer waren dabei die Unfallverursacher?
6. Welche Schäden sind dabei entstanden?
7. Wie soll künftig die Einhaltung des Fahrradfahr-Verbots in der Fußgängerzone besser gewährleistet werden?

Stadtrat Stochla beantwortet die Anfrage und die Nachfragen der Ausschussmitglieder. Er sagt eine schriftliche Antwort als Anlage zu Protokoll zu.

Vorsitzender Kalb erklärt die Anfrage nach Beantwortung durch Stadtrat Stochla für erledigt.

4. Nachbesserungsbedarf der Liniennetzreform
Anfrage der Fraktion Kasseler Linke
- 101.18.1006 -

Abgesetzt

Ende der Sitzung: 17:15 Uhr

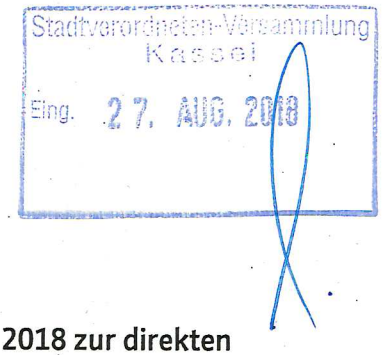
Dominique Kalb
Vorsitzender

Jutta Butterweck
Schriftführerin

zu TOP 3

-32-
-324-

Kassel, 21. August 2018
Frau Käferstein
Tel.: 3060



An
- III -

Anfrage der Fraktion FDP, Freie Wähler und Piraten vom 8. August 2018 zur direkten Überweisung in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Mobilität und Verkehr
Vorlage-Nr. 101.18.998 – Radverkehr in der Fußgängerzone

Fragesteller: Stadtverordneter Matthias Nölke

1. **In welcher Art und Weise und wie oft wird die Einhaltung des Fahrradfahr-Verbots kontrolliert?**

Diese Kontrollen gehören neben einer Vielzahl anderer Aufgaben zu den Tätigkeiten des Streifendienstes der Ordnungspolizeibeamtinnen und –beamten der Verkehrsüberwachung und des Kommunalen Vollzugsdienstes. Die beim Streifengang festgestellten Verstöße werden, wie alle anderen Verkehrsordnungswidrigkeiten auch, aufgenommen und geahndet. Zusätzlich finden im Rahmen der zur Verfügung stehenden Ressourcen mehrfach im Jahr Schwerpunktkontrollen an verschiedenen Örtlichkeiten statt.

2. **Wie viele Verstöße gegen das Verbot wurden seit 2015 festgestellt?**

Eine Statistik für diese Verstöße wird nicht geführt.
Insbesondere in der wärmeren Jahreszeit werden jedoch vermehrt Verstöße festgestellt.

3. **Welche Ordnungsmaßnahmen wurden seit 2015 gegen entsprechende Verstöße verhängt?**

Die Maßnahmen reichen von einer mündlichen Verwarnung bis hin zu einem Verwarngeld in Höhe von 35 Euro. Die Ordnungspolizeibeamtinnen und –beamten prüfen jeden Einzelfall nach pflichtgemäßen Ermessens und wählen eine geeignete Maßnahme zur Ahndung.

4. Wie viele Unfälle, an denen Fahrradfahrer beteiligt waren, sind seit 2015 bekannt, sowohl in der Fußgängerzone als auch im gesamten Stadtgebiet?

Hier liegen dem Ordnungsamt keine Erkenntnisse vor. Die Anfrage ist zuständigkeitshalber an die Polizei weitergeleitet worden. Eine Antwort liegt noch nicht vor.

5. Wer waren dabei die Unfallverursacher?

Siehe Antwort zu Frage 4

6. Welche Schäden sind dabei entstanden?

Siehe Antwort zu Frage 4

7. Wie soll künftig die Einhaltung des Fahrradfahr-Verbots in der Fußgängerzone besser gewährleistet werden?

Die im Rahmen des Streifendienstes gewonnenen Erkenntnisse (z.B. wann und wo besonders viele Verstöße festgestellt wurden) werden bei der Koordination und Optimierung der Schwerpunktkontrollen berücksichtigt, ebenso die Beschwerdelage.

Eine Verbesserung (im Übrigen bei allen Ordnungswidrigkeiten) ist regelmäßig durch eine Intensivierung der Kontrollen erreichbar, d.h. mehr Personal, mehr Kontrollen.

Aufgrund der Vielzahl von Aufgaben muss jedoch eine bedarfsgerechte Abwägung zwischen allen Aufgaben der Verkehrsüberwachung und des Kommunalen Vollzugsdienstes getroffen und Prioritäten gesetzt werden.

Ulrich Krebs